

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Beilegeln vierteljährlich 8,75 fl., monatlich 3 fl. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 fl. Bei Postbezug vierteljährlich 9,33 fl., monatl. 3,11 fl. Unter Streifband in Polen monatl. 5 fl., Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Reichsmark. Einzelnummer 20 fl. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Nennzeile 100 Groschen. Danzig 20 fl., 100 fl. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Groschen, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Plakatvorrichtung und schwierigem Sach 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erlaubt. — Offertengeld 50 Groschen. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 221.

Bromberg, Freitag den 25. September 1925.

49. Jahrg.

Bor wichtigen Entscheidungen.

Wie aus Berlin gemeldet wird, soll die entscheidende Sitzung des Reichskabinetts über die Einladung der Westmächte erst am heutigen Donnerstag unter Vorsitz des Reichspräsidenten stattfinden. Nach dem "Tag" würden die Verhandlungen des "Auswärtigen Ausschusses" erst am Freitag folgen, aber sie hätten nur formale Bedeutung, da die Antwort nach Paris und London u. z. in ausagendem Sinne spätestens am heutigen Donnerstag abgehen werde. Weiter meldet das genannte Blatt über die materiellen Verhandlungen des Kabinetts:

"Die Verhandlungen des Kabinetts drehen sich augenscheinlich einmal um den Inhalt des Sicherheitspaktes und um die Vereinbarungen, die zwischen Deutschland und den Westmächten abgeschlossen werden sollen, zum anderen um die allgemeinen politischen Probleme, die mit dem Abschluss eines Westpaktess verbunden sind. Nach dem Ergebnis der Londoner Juristenkonferenz scheint in England die Absicht zu bestehen, bei Abschluss eines Westpaktess eine Garantie für die Sicherung der Westgrenze nicht nur zugunsten von Frankreich, sondern auch zugunsten von Deutschland zu übernehmen. Außerdem sollen die Schiedsgerichtsverträge, die gleichzeitig mit dem Westpakt abgeschlossen werden, so gestaltet werden, daß das deutsche System zur Geltung kommt, das heißt, es werden bei den Streitfällen juristischer Natur erlassen werden. Dagegen werden Streitfälle politischer Natur einer Schlichtungsinstanz unterbreitet werden. Ungeklärt sind dagegen noch drei wichtige Fragen. Zunächst bestehen alle Westmächte darauf, daß in der Präambel eines Sicherheitspaktess ausdrücklich der status quo des Vertrages von Versailles von beiden Seiten anerkannt wird. Diese Forderung wird nicht die Zustimmung des Kabinetts und sicherlich auch nicht die Zustimmung einer Mehrheit des deutschen Reichstages finden.

Falls das Kabinett in seinen Beratungen zu dem Entschluß kommen sollte, die Einladung der Westmächte anzunehmen, wird die Konferenz am 5. Oktober in Vercors stattfinden, obwohl die örtlichen Verhältnisse und insbesondere die technische Verberatung sowohl für die Regierungen, wie für die Presse außerordentlich ungünstig sein werden. Die Wahl dieses Ortes steht wohl damit im Zusammenhang, daß der italienische Ministerpräsident Mussolini eine Teilnahme an den Verhandlungen wünscht.

Wie den "Danz. N. N." von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, beabsichtigt das Kabinett dieses Mal die für Freitag einberufene Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder und den Auswärtigen Ausschuss des Reichstages, der für Sonnabend vormittag 10 Uhr einberufen worden ist, nicht nur formell mit der Materie bekanntzumachen, sondern den Auffassungen dieser beiden politischen Instanzen bei der Entscheidung über die materiellen Bedingungen der deutschen Forderungen einen maßgeblichen Einfluß einzuräumen. Das Kabinett wird also die Verantwortung für den Sicherheitspakt nicht allein tragen, sondern auch schon vor den entscheidenden Beratungen einen möglichst breiten Kreis mit der Materie befassen.

Nach einer Pariser Meldung wurde im französischen Ministrerrat für die bevorstehende Ministerbegegnung die Bezeichnung gebraucht: "Ministerielle Ausprache über den Sicherheitspakt und Schiedsgerichtsverträge zwischen Deutschland und diesen Nachbarstaaten". Und nach einer offiziellen Meldung des "Matin" sollen an der Konferenz auch Polen und die Tschechoslowakei teilnehmen.

Die Deutschnationalen veröffentlichten, wie uns aus Berlin gebracht wird, über die letzte Fraktions- und Parteibesprechung eine Erklärung darin, daß die Partei zu dem Garantiepakt dieselbe Stellung einnehme wie die deutsche Regierung in ihrer Note an Frankreich vom 20. Juli d. J.

Ein Kolonialmandat an Deutschland?

Der Pariser "Peuple" hatte gemeldet, daß die Absicht besthehe, Deutschland ein Mandat für einen Teil seiner früheren Kolonien zu übertragen. Berliner Blätter schreiben demgegenüber, daß in den deutschen Regierungskreisen dieser Plan vollständig unbekannt sei.

Keine demächtige Nähmung der Kölner Zone.

Von mehreren Seiten war gemeldet worden, daß die Kölner Zone wahrscheinlich spätestens Mitte November geräumt werden würde. Dies sollte gewissermaßen eine Art des Entgegenkommens seitens der Entente gegenüber Deutschland sein. Jetzt wird die ganze Nachricht von der Agence Havas in selber Weise dementiert; sie sei vollkommen aus der Luft gegriffen.

Die Polnische Tel.-Agentur meldet noch aus Berlin, 23. September: In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts herrschte Einigkeit darüber, daß die Einladung zu der Konferenz der Außenminister anzunehmen sei. Die endgültige Entscheidung fällt indessen erst am Donnerstag. Dagegen haben sich Meinungsverschiedenheiten ergeben über die Zusammensetzung der deutschen Delegation, über die Vollmachten für sie und über die Richtlinien der deutschen Politik.

Wo ist der Ausweg?

Nachdem der Senat das Bodenreformgesetz erledigt hat, sind an die Politiker in den Wandelräumen des Parlaments neue Sorgen herangetreten: Wo ist der Ausweg aus der Finanznot des Landes? Die Ansicht, daß das Anlagekapital der Bank Polska von vorherere zu klein war, hat gegenwärtig jeden Finanzpolitiker überzeugt. Senator Noteck, der in Polen als der beste Kenner der Finanzlage des Staates gilt, veröffentlicht im "Moment" einen Artikel, der Beratungsgegenstand im Finanzministerium war.

Senator Rotentreich behauptet, daß es unmöglich sei, die verzweifelte Wirtschaftslage des Landes mit eigenen

Kapitalien zu retten. Nur Auslands Kapital ist imstande, uns aus der Finanznot herauszuführen. "Leider", schreibt der Senator, "haben wir unter Vertrauen im Ausland verloren, so daß es sehr schwer ist, eine Auslandsanleihe als gewöhnliche Anleihe des Staates zu erhalten. Einen Ausweg zu finden, ist äußerst schwer. An den Premierminister gerichtet, schreibt Herr Rotentreich:

Wir müssen dem Beispiel Österreichs folgen, indem wir eine Anleihe auf Grund von Garantien des Völkerbundes suchen. Natürlich kann man diese Garantie nur dann erhalten, wenn Polen damit einverstanden ist, daß der Völkerbund der polnischen Regierung einen finanziellen Rat nach Warschau sendet. Diese Person soll kein Kontrolleur sein, doch wird er die Regierung und die Bank Polska vor Schritten warnen, die Polen in finanzielle Schwierigkeiten stürzen und das Auslands Kapital in Gefahr bringen könnten, dessen Sicherheit der Völkerbund garantiert hat. Es ist gleichgültig, in welche staatliche Bank die Anleihe fließen soll. Die Hauptfahne ist, daß wir Unterlagen erhalten, um neue Banknotenmissionen herausgeben zu können und um Umlaufsmittel für das Wirtschaftsleben des Staates zu erhalten. Senator Rotentreich sucht in seinem Artikel die Regierung zu überzeugen, daß die Person des Beirates die Souveränität des Staates nicht anzutasten brauche. Es antrete doch bei uns eine französische Militärmission, die eine beratende Stimme in unserem Militärwesen hat. Und trotzdem wird dies nicht als eine Antastung der Souveränität Polens angesehen.

Auch der "Kurier Illustrowany", der bestimmt aus maßgebenden Kreisen inspiriert ist, veröffentlicht einen Artikel an leitender Stelle, der die Wirtschaftslage des Staates in den düstersten Farben malt. Der Schreiber zieht gegen die polnische Bürokratie zu Felde, stempelt die Diebereien und das Schniegeldunwesen, die Vergedung öffentlicher Gelder und kommt zu dem Schluss, daß eine Finanzkontrolle des Staates notwendig sei. Das Blatt schreibt:

Der Geldmangel ist die schlimmste Krankheit unseres Wirtschaftskörpers. Die Schaffung der Emissionsbank ohne fremde Hilfe hat dazu geführt, daß wir zu wenig Geldmittel im Umlauf haben. Dadurch schrumpft unser Wirtschaftsleben immer mehr zusammen. Dieser Fehler muß gut gemacht werden. Auslandsredite müssen in der Emissionsbank eingang finden. Und dies mindestens in der doppelten Höhe unserer bisherigen Emissionswerte. Auslands Kapital wären ja allerdings eine halbe Abhängigkeit von auswärtigen Faktoren, doch werden sie uns wenigstens vor der vollständigen Abhängigkeit vom Ausland bewahren. Das Auslands Kapital würde eine gesunde Wirtschaftspolitik garantieren, uns vor Abenteuern jeder Art schützen. Wer weiß es heute, ob die Regierung selbst diese Konzeption den geschobenden Körpern nicht vorschlagen will?

So weit das zitierte Blatt. Wenn der "A. J. C.", der unseren Regierungsstellen sehr nahe steht, diese Gedanken öffentlich aufwirft, so ist anzunehmen, daß der neue Wind aus Kabinett weht, die das entscheidende Wort zu sprechen haben.

Die Sparfamitsaktion des Innenministers Raczkiewicz.

Im Krakauer "Kurier Illustrowany" finden wir zwei Verordnungen des Innenministeriums, die die Frage der Durchführung einer Sparfamitsaktion betreffen. Die Verordnungen verdienen die größte Aufmerksamkeit, zeigen sie doch, wie unsre Herren Bürokraten in Warschau sich die Sparfamitsaktion denken.

Die erste Verordnung ist an die Wojewodschaften gerichtet. Nach einer Einleitung über die Notwendigkeit der durchzuführenden Sparsamkeit werden Ratschläge gegeben, welche Positionen zu reduzieren sind. Von den acht Hinweisen sind drei wert, wörtlich angeführt zu werden. Sie lauten: Es ist größte Sparsamkeit in der Beweinung und Beleuchtung durchzuführen. Überflüssige Lampen sind zu fassen. Die beschädigten Birnen sind reparieren zu lassen. Außerdem ist anzurufen, daß das öfter unötige Heizen sowie Beleuchten von Lokalen unterbleibt.

Was das Zeitungsschreiben anbelangt, so sind nur die unbedingt notwendigen Zeitungen zu halten. Der Ankauf von Büchern hat zu unterbleiben, besonders von ausländischen Büchern. Renovierungen von Lokalen sowie Reparaturen sind nur durchzuführen, wenn diese unbedingt notwendig sind.

In den anderen Verordnungen werden Ratschläge gegeben, die die Selbstverwaltung betreffen. Die Verordnung besagt, daß die Investitionsarbeiten nur in einem unbedingt notwendigen Maße durchzuführen sind. Investitionsarbeiten, die in diesem Jahre ausgeführt werden sollten, aber noch nicht angefangen wurden, haben zu unterbleiben und als Investitionsarbeiten für das nächste Jahr zu gelten. Sogar angefangene Arbeiten sind einzustellen, wenn dies noch möglich erscheint. Den Wojewoden wird besonders nahegelegt, daß sie die Selbstverwaltungen darauf aufmerksam machen, Auslandsbestellungen zu unterlassen, denn diese Bestellungen führen dazu, daß der Bloß nach dem Ausland wandert. Es wird dann noch der Rat gegeben, die ausländischen Bestellsverträge zu brechen, wenn dies ohne Schaden für die Gemeinden möglich ist, oder aber die Verschiebung der Zahlungsstermine zu erwirken. Die unbedingt notwendigen Bestellungen sind im Inlande zu machen, denn für Auslandsbestellungen werden in den nächsten Monaten keinerlei Erleichterungen gewährt werden.

Die Prager Presse zum tschechischen Vorschlag in Berlin.

Die Benesch nahestehende Prager Presse begrüßt allgemein die vom tschechischen Gesandten in Berlin, Dr. Krösta, bekanntgegebene Verhandlungsbereitschaft Beneschs über einen Schiedsvertrag. Das Legionärorgan "Národní Osvobození" erklärte der "Voss. Zeitg." zufolge, daß das Verhältnis der Tschechoslowakei mit Deutschland viele gemein-

same, aber wenig strittige Punkte habe. Ebenso sei das Verhältnis Deutschlands zu der Tschechoslowakei "immer korrekt" gewesen. Mit dem Antrag an Deutschland sei der Vorwurf abgefallen, daß die tschechische Freundschaft mit Frankreich einer antideutschen Politik gleichkomme. Besorgnis bekundet das Blatt lediglich wegen der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland.

Die amtliche "Tschechoslowakische Republik" schreibt, daß die Tschechoslowakei von Anfang an bereit gewesen sei, im geeigneten Augenblick mit Deutschland wegen eines Arbitragevertrages zu verhandeln. Der Gedanke der Arbitrageverträge habe nirgends so begeisterte Anhänger gefunden wie in der Tschechoslowakei. Die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland seien "immer korrekt" gewesen. Auch der wirtschaftliche Wettkampf vollziehe sich ohne jede Gewalt. Was die Rückwirkung auf die deutsche Minorität in der Tschechoslowakei betreffe, so werde der Völkerbund den Reichsdeutschen Gelegenheit geben, sich auf legale Weise im Sinne des Paktes für die Deutschen zu interessieren.

Die Beschwerden der litauischen Minderheit in Genf.

Genf, 23. September. PAT. In der gestrigen Sitzung des Völkerbundsrats beschäftigte man sich u. a. mit dem litauischen Antrag in der Frage des Minderheitenschutzes. Bekanntlich wurde dieser Antrag in einer der Sitzungen der 6. Kommission von Galvanau aus Kasan zurückgezogen. Der Berichterstatter van Lynden (Holland) legte eine Resolution vor, nach welcher die Versammlung vollkommen den Teil des Berichts über die Tätigkeit des Rates und des Generalsekretariats des Völkerbundes akzeptiert, der von dem Verfahren in Minderheitensachen handelt. Die Resolution empfiehlt ferner, dem Völkerbundrat das ganze Diskussionsmaterial zur Verfügung zu stellen, das in Minderheitensachen von der 6. Kommission gesammelt wurde. Graf Aponty erklärte, daß die ungarische Delegation von der vorgelegten Resolution nicht vollkommen befriedigt sei, jedoch die Hoffnung nähere, daß der Völkerbundrat die von Ungarn gemachten Bemerkungen zur Kenntnis nehmen werde. Hymans erwähnte darauf, daß der Völkerbundrat stets die ihm in dieser Frage vorgelegten Bemerkungen prüfen werde, worauf die Versammlung einstimmig die Resolution der 6. Kommission annahm.

Die große Korfanty-Pleite.

Königshütte, im September.

Als Korfanty seine mehrfachen Aufstände inszenierte, da bedienten seinen Weg zum politischen Aufstieg hunderte von Leichen. Er fühlte sich als ungekrönter König Oberschlesiens und strebte nach dem Sessel des politischen Staatspräsidenten. Er kam jedoch nur bis zum Stuhle des stellvertretenden Ministerpräsidenten und mußte auch diesen wieder nach wenigen Tagen einer unrühmlichen Betätigung verlassen. Seitdem hat ihn der Chrgeiz gepackt, der wirtschaftliche Erlöser nicht nur Oberschlesiens, sondern ganz Polens zu werden. Als Präsident der ostoberschlesischen Staroferne, der polnisch-französischen Pachtgesellschaft der chemisch-polytechnischen Gruben, ausgerüstet mit einem riesigen Einkommen, wurde er Aufsichtsrat und Vorsitzender von verschiedenen Banken, die sich zu den Lebensrettern der polnischen Industrie entwidmeten, mache unzählige Reisen ins Ausland, um neue Absatzgebiete zu erschließen und es war schließlich so weit, daß selbst die einheimischen Industriellen ihre ganzen Hoffnungen auf Korfanty aufbauten. Heute müssen die Industriellen sehen, daß sie einer verfehlten Spekulation erlegen sind.

Seit Monaten lebt die oberschlesische Industrie nur noch von Krediten. Man wiegt sich in dem Wahne, daß die Korfantybanken alle Leiden unserer Zeit überstehen würden, und daß man weiter vom Pump leben könne. Wie helles Trompetengeschmetter klang es, als es zum Krach der beiden Warschauer Korfanty-Banken kam. Gerade diese beiden Banken hatten etwa hundert Filialen in Polen, darunter auch eine Reihe in Ost-Oberschlesien, so z. B. in Katowice, Rybnik usw. Der Rybniker Direktor dieser Bank-Filiale war besonders geschäftstüchtig. Obwohl schon der Zusammenbruch der Korfanty-Banken bekannt war, nahm dieser Filialleiter und Vertrauensmann Korfantys immer noch fleißig Einzahlungen kleinerer Lente entgegen, um schließlich dann doch seinen Laden auszumachen.

Den beiden ersten verkrachten Banken sind schnell hintereinander 7 weitere gefolgt, die unter Geschäftsaufschluß gestellt werden mußten. Zahlreiche Existenz sind verschwunden. Tausende von weiteren Existenz sind bedroht, wenn die Warschauer Regierung nicht irgendeinen gangbaren Ausweg findet.

Ob aber die Gewährung eines Moratoriums für die verkrachten Banken genügen wird, um das größte Elend abzuwenden, kann bezweifelt werden, weil viele Wechselgläubiger gar nicht in der Lage sind, die 3 Monate des Moratoriums durchzuhalten.

Eine ungeheure Geldknappheit ist eine der weiteren Folgen der Wirtschaftspolitik nach den Rezessen Korfantys. Er, der die Industrie retten wollte, hat sie so tief in Not und Elend hineingeritten, daß am 15. September zum ersten Male die Löhne nicht mehr ausgezahlt werden konnten. Nur die wenigsten Unternehmen waren in der Lage, wenigstens 50 Prozent der durch die zahlreichen Feierlichkeiten ohnehin geringen Löhne auszuzahlen.

Die meisten Unternehmen, auch die Baildon, vertrösten die Arbeiter auf die kommenden Tage. Am 17. September waren wiederum nur wenige Unternehmen in der Lage, einige Bettelpfennige den Arbeitern als Abzahlung auszuhändigen, um sie vor dem buchstäblichen Verhungern zu schützen. Selbst Betriebe mit einer geringen Arbeiterzahl konnten nicht die für die Lohnzahlung erforderlichen Mittel aufbringen.

